



HESSISCHER LANDTAG

01. 10. 2009

*Dem
Innenausschuss
überwiesen*

Berichts Antrag des Abg. Schaus (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Kaltstellen unliebsamer Mitarbeiter im hessischen Innenministerium

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. In wie vielen und welchen weiteren Fällen vorzeitiger Pensionierungen ist der gleiche Gutachter durch das Innenministerium oder die Dienststelle bestellt worden?
2. In wie vielen Fällen wurden Beamte ohne Anerkennung ihrer Dienstunfälle in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, obwohl sie das Vorliegen eines Dienstunfalls geltend gemacht hatten?
3. Wie erklärt sich das hessische Innenministerium die Widersprüchlichkeit der vielen medizinischen Gutachten im Fall Dirk L.?
4. Wer hat die Auswahl des Gutachters getroffen und welche fachlichen Gesichtspunkte waren ausschlaggebend?
5. Wie weit erfolgte persönlicher Kontakt oder Einflussnahme der Dienststelle vor Erstellung der der medizinischen Gutachten im Falle von Dirk L. und möglichen weiteren Fällen?
6. Sind entsprechende Zweitgutachten eingeleitet worden?
7. Sind dem hessischen Innenministerium Vorwürfe der "Nötigung" und des Ausstellens "unrichtiger Gesundheitszeugnisse" von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber Dienstvorgesetzten bekannt?
8. Sind dem Innenministerium Ermittlungsverfahren und Beschwerden von Bediensteten und ehemaligen Bediensteten wegen der Anfertigung unrichtiger oder zweifelhafter Gutachten gegen durch die Dienststelle beauftragte Gutachter aus dem Bereich des hessischen Innenministeriums bekannt?
Falls ja, welche Konsequenzen zieht die Landesregierung hinsichtlich der künftigen Beauftragung von ärztlichen Gutachtern?
9. Sind dem Innenminister Korrespondenzen bekannt, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen grobe Pflichtverletzungen im Rahmen der medizinischen Begutachtung interveniert hatten?
Wenn ja, was hat er daraufhin unternommen, um solchen Vorwürfen nachzugehen, und wie ist mit entsprechende Beschwerden umgegangen worden?
10. Wie viele Beamtinnen und Beamte aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums inkl. der Polizei und der Polizeibehörden wurden seit 1999 in den Ruhestand versetzt?
11. Wie viele von diesen Beamten wurden ohne deren Zustimmung aus dem Landesdienst nach § 53 HBG entlassen?

12. Wie viele Beamtinnen klagten oder klagen seit 1999 gegen die entsprechenden Ruhevorstandsversetzungen?
In wie vielen Fällen endeten die Verfahren zugunsten der Klagenden?
13. Sind dem Innenminister Fälle bekannt, in denen nach Kritik und schwerwiegenden Vorwürfen an Dienstvorgesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger berufsunfähig waren oder als dienstunfähig eingestuft wurden?
Wenn ja, wie viele seit 1999?

Wiesbaden, 1. Oktober 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen

Schaus